



Bozen, 04.07.2024

Bearbeitet von:  
Karin Fallaha  
Tel. 0471417534  
[Karin.fallaha@schule.suedtirol.it](mailto:Karin.fallaha@schule.suedtirol.it)

An die Direktionen der  
Grundschulsprengel  
Schulsprengel  
Mittelschulen  
Oberschulen  
Schulen der Berufsbildung  
gleichgestellten und anerkannten  
Privatschulen

## Rundschreiben Nr. 30/2024

### Neuerungen zur Aufsicht und Verletzung der Schulpflicht

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,

es wird vorausgeschickt, dass auf Staatsebene wie auch auf Landesebene bekanntlich eine zehnjährige Schulpflicht gilt, welche in der Regel die Altersgruppe zwischen 6 und 16 Jahren betrifft. Auf Staatsebene ist die Schulpflicht im Gesetz vom 27. Dezember 2006, Nr. 296, geregelt. Artikel 1 Absatz 622 des zitierten Gesetzes Nr. 296, legt Folgendes fest: *„L'istruzione impartita per almeno dieci anni è obbligatoria ed è finalizzata a consentire il conseguimento di un titolo di studio di scuola secondaria superiore o di una qualifica professionale di durata almeno triennale entro il diciottesimo anno d'età“*. Auf Landesebene ist – im Einklang mit den in den Staatsgesetzen festgelegten Grundsätzen – die Schulpflicht u.a. im Landesgesetz vom 16. Juni 2008, Nr. 5, „Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe“, verankert worden, indem Artikel 1 Absatz 7 des zitierten Landesgesetzes Nr. 5/2008 festlegt, dass die geltenden [staatlichen] Bestimmungen zur Verwirklichung der Schulpflicht sowie des Bildungsrechts und der Bildungspflicht aufrecht bleiben. Zudem legt Artikel 1 Absatz 4 des Landesgesetzes Nr. 5/2008 Folgendes fest: *„Das Bildungssystem des Landes gewährleistet allen das Bildungsrecht ab dem Kindergarten sowie die Erfüllung der Pflicht einer Schul- und Berufsbildung für mindestens zwölf Jahre oder jedenfalls bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen beruflichen Qualifikation innerhalb des achtzehnten Lebensjahres“*. Artikel 11 der Anlage A des Beschlusses der Landesregierung Nr. 1083 vom 14. Dezember 2021, *„Einschreibung in die Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie in die Schulen der Berufsbildung“*, enthält des Weiteren u.a. allgemeine Bestimmungen zur Aufsicht und Verletzung der Schulpflicht.

Dies vorausgeschickt, teile ich Ihnen mit, dass auf Staatsebene mit Gesetzesdekret vom 15. September 2023, Nr. 123, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz vom 13. November 2023, Nr. 159, *„Misure urgenti di contrasto al disagio giovanile, alla povertà educativa e alla criminalità minorile, nonché per la sicurezza dei minori in ambito digitale“* auch Neuerungen im Bereich der Schulpflicht eingeführt wurden. Mit Artikel 12 des genannten Gesetzesdekrets Nr. 123/2023 sind weitgehende Änderungen der strafrechtlichen Folgen im Falle einer Verletzung der Schulpflicht sowie Neuerungen im Bereich der Aufsicht über den Schulbesuch in Kraft getreten.

Das obgenannte Landesgesetz Nr. 5/2008 bedarf aufgrund seiner allgemeinen Formulierung keiner Anpassung an die neue staatliche Regelung. Der Beschluss der Landesregierung Nr. 1083/2021, welcher hingegen eine detaillierte Regelung zur Aufsicht über den Schulbesuch enthält, die teilweise von der staatlichen Bestimmung abweicht, ist mit Beschluss der Landesregierung Nr. 434 vom 4. Juni 2024 entsprechend angepasst worden.



Nachfolgend erhalten Sie Informationen über die obgenannten Neuerungen, welche in Artikel 11 der Anlage A des zitierten Beschlusses der Landesregierung Nr. 1083/2021 eingeführt wurden. Diese Bestimmungen finden bereits im Schuljahr 2024/2025 Anwendung.

### 1) Einschreibungen:

Es ist nun – im Einklang mit der staatlichen Bestimmung – vorgesehen, dass auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Zugriff auf die Landesdatenbank der Schülerinnen und Schüler (Popcorn) erhalten. Nach Ablauf der Frist für die Einschreibung ermitteln die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde der Schülerinnen und Schüler durch den Zugriff auf die genannte Datenbank jene Erziehungsverantwortlichen von minderjährigen schulpflichtigen Kindern, die ihr Kind in keine Schule eingeschrieben haben. Diese Eltern werden in der Folge von der/dem zuständigen Bürgermeisterin/Bürgermeister schriftlich aufgefordert, unverzüglich den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen und das schulpflichtige Kind in eine Schule staatlicher Art oder in eine gleichgestellte/anerkannte Privatschule einzuschreiben oder den Elternunterricht in Anspruch zu nehmen.<sup>1</sup> Die Aufsichtspflicht der Einschreibung der schulpflichtigen Kinder bzw. Jugendlichen geht somit auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über.

### 2) Aufsicht nach erfolgter Einschreibung

Nach wie vor sind alle Schulführungskräfte bzw. Führungskräfte der Schulen der Berufsbildung verpflichtet, über den Schulbesuch aller eingeschriebenen Schülerinnen und Schüler zu wachen. Neu hingegen ist das folgende Prozedere:

**a) Schülerinnen und Schüler, die innerhalb von drei Monaten mehr als 15 auch nicht aufeinanderfolgende Tage abwesend sind, ohne dass hierfür ein gerechtfertigter Grund vorliegt:** In diesen Fällen kontaktiert die zuständige Schulführungskraft/Führungskraft unverzüglich die Erziehungsverantwortlichen und ermittelt dabei die Gründe, die zu den Abwesenheiten geführt haben. Zudem weist sie die Eltern auch darauf hin, dass im Falle ungerechtfertigter Abwesenheiten das schulpflichtige Kind/der schulpflichtige Jugendliche unverzüglich den Unterricht wieder besuchen muss. Nimmt das Kind/der oder die Jugendliche den Unterricht nicht innerhalb von sieben Tagen nach erfolgter Mitteilung der Schulführungskraft/Führungskraft an die Erziehungsverantwortlichen wieder auf, so benachrichtigt die Schulführungskraft/Führungskraft die Bürgermeisterin/den Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde der Schülerin oder des Schülers. Letztere/Letzterer wird in der Folge ebenfalls die Erziehungsverantwortlichen schriftlich dazu auffordern, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.<sup>2</sup>

**b) Abwesenheiten von mindestens einem Viertel des persönlichen Jahresstundenplans, ohne dass hierfür ein gerechtfertigter Grund vorliegt:** Die Abwesenheit von mindestens einem Viertel des persönlichen Jahresstundenplans, ohne dass hierfür ein gerechtfertigter Grund vorliegt, stellt in jedem Fall eine Umgehung der Schulpflicht dar. Die Schulführungskraft/Führungskraft meldet diese Umgehung der Schulpflicht unverzüglich dem zuständigen Bürgermeister oder der zuständigen Bürgermeisterin der Wohnsitzgemeinde der Schülerin oder des Schülers.<sup>3</sup>

**3) Folgen der Nichteinschreibung schulpflichtiger Kinder:** Gemäß Artikel 12 Absatz 5 des zitierten Gesetzesdekrets Nr. 123/2023 ist die/der zuständige Bürgermeisterin/Bürgermeister dazu verpflichtet, im Sinne von Artikel 331 der Strafprozessordnung gegenüber den bereits von der Schulführungskraft/Führungskraft ermahnten Erziehungsverantwortlichen Anzeige zu erstatten. Die Anzeige wird nur dann nicht erstattet, wenn die Erziehungsverantwortlichen innerhalb von sieben Tagen ab Ermahnung durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister:

- a) nachweisen, dass die/der Minderjährige in eine Schule staatlicher Art eingeschrieben worden ist;
- b) nachweisen, dass der Schulpflicht anderweitig nachgekommen wird (z.B. durch die Einschreibung in eine anerkannte Privatschule oder durch die Inanspruchnahme des Elternunterrichts);

<sup>1</sup> Siehe hierfür Artikel 114 Absatz 1 des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 297/1994: „Al fine di garantire l'adempimento dell'obbligo di istruzione di cui all'articolo 1, comma 622, della legge 27 dicembre 2006, n. 296, il sindaco, mediante accesso all'Anagrafe nazionale dell'istruzione (ANIST) istituita ai sensi dell'articolo 62-quater del codice dell'amministrazione digitale, di cui al decreto legislativo 7 marzo 2005, n. 82, individua i minori non in regola con il predetto obbligo e ammonisce senza ritardo il responsabile dell'adempimento dell'obbligo medesimo invitandolo ad ottemperare alla legge.“

<sup>2</sup> Siehe hierzu Artikel 12 Absatz 4 des Gesetzesdekrets Nr. 123/2023: „Il dirigente scolastico verifica la frequenza degli alunni soggetti all'obbligo di istruzione, individuando quelli che sono assenti per più di quindici giorni, anche non consecutivi, nel corso di tre mesi, senza giustificati motivi. Nel caso in cui l'alunno non riprenda la frequenza entro sette giorni dalla comunicazione al responsabile dell'adempimento dell'obbligo di istruzione, il dirigente scolastico avvisa entro sette giorni il sindaco affinché questi proceda all'ammonizione del responsabile medesimo invitandolo ad ottemperare alla legge.“

<sup>3</sup> Vergleiche hierfür Artikel 12 Absatz 4 des Gesetzesdekrets Nr. 123/2023: „In ogni caso, costituisce elusione dell'obbligo di istruzione la mancata frequenza di almeno un quarto del monte ore annuale personalizzato senza giustificati motivi.“



c) nachweisen, dass die Nichteinschreibung auf Gesundheitsgründe oder andere schwerwiegende Gründe zurückzuführen ist.<sup>4</sup>

Informationshalber finden Sie nachfolgend die neue strafrechtliche Bestimmung über die Verletzung der Schulpflicht bei Nichteinschreibung eines Minderjährigen.

Artikel 570-ter Absatz 1 des Strafgesetzbuches: *“Inosservanza dell'obbligo dell'istruzione dei minori: „Il responsabile dell'adempimento dell'obbligo di istruzione che, ammonito ai sensi dell'articolo 114, comma 1 del testo unico di cui al decreto legislativo 16 aprile 1994, n. 297, non prova di procurare altrimenti l'istruzione del minore o non giustifica con motivi di salute, o con altri impedimenti gravi, la mancata iscrizione del minore presso una scuola del sistema nazionale di istruzione, o non ve lo presenta entro una settimana dall'ammonizione, è punito con la reclusione fino a due anni.“*

Im Unterschied zur vorherigen Bestimmung, werden Erziehungsverantwortliche, die ihre schulpflichtigen Kinder nicht in eine Schule einschreiben, nicht „nur“ mehr mit einer Geldstrafe, sondern mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.

#### **4) Folgen der Verletzung der Schulpflicht bei bereits eingeschriebenen Schülerinnen und Schülern (Punkt 2 Buchstabe a) und b) des vorliegenden Rundschreibens) – sog. Umgehung der Schulpflicht:**

In diesen Fällen gilt das gleiche Prozedere laut vorhergehendem Punkt 3 dieses Rundschreibens, wonach die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister verpflichtet ist, eine Strafanzeige zu erstatten.<sup>5</sup>

Bei einer Umgehung der Schulpflicht fällt das Strafmaß etwas geringer aus (Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr; siehe Artikel 570-ter Absatz 2 des Strafgesetzbuches: *„Il responsabile dell'adempimento dell'obbligo di istruzione che, ammonito ai sensi dell'articolo 114, comma 4, del testo unico di cui al decreto legislativo 16 aprile 1994, n. 297 per assenze ingiustificate del minore durante il corso dell'anno scolastico tali da costituire elusione dell'obbligo di istruzione, non prova di procurare altrimenti l'istruzione del minore o non giustifica con motivi di salute, o con altri impedimenti gravi, l'assenza del minore dalla scuola, o non ve lo presenta entro una settimana dall'ammonizione, è punito con la reclusione fino a un anno.“*).

**5) Gerechtfertigter Grund:** Der Gesetzgeber bestimmt bereits im Gesetzesdekret Nr. 123/2023, dass Gesundheitsgründe als gerechtfertigter Grund zu betrachten sind. Zu den anderen gerechtfertigten Gründen: Es liegt im Ermessen der Schulführungskräfte bzw. der Führungskräfte der Schulen der Berufsbildung einzuschätzen, ob die von den Eltern vorgebrachten Gründe für die Abwesenheit des oder der Minderjährigen (die keine Gesundheitsgründe sind) als gerechtfertigt betrachtet werden können (z.B. schwerwiegende Familiengründe, Abwesenheiten aufgrund von Leistungssport).

**6) Verletzung der Bildungspflicht:** Artikel 11 der Anlage A des zitierten Beschlusses der Landesregierung Nr. 1083/2021 enthält auch Bestimmungen über die Bildungspflicht bzw. über die Verletzung der Bildungspflicht, welcher geringfügig u.a. an das Einvernehmensprotokoll *„Gemeinsam vereinbarte und geplante Tätigkeiten zur Verwirklichung der Schulpflicht sowie des Rechts auf Bildung und die Bildungspflicht“*, den Schulen zur Kenntnis gebracht mit Mitteilung des Bildungsdirektors vom 7. September 2022, angepasst wurde. Artikel 11 Absatz 4 der Anlage des Beschlusses der Landesregierung Nr. 1083/2021 sieht nun Folgendes vor: *„Falls die Bildungspflicht nicht erfüllt wird, meldet dies die Schulführungskraft oder die Führungskraft der Schule der Berufsbildung der zuständigen Gemeinde und dem Landesamt für Ausbildungs- und Berufsberatung sowie anderen zuständigen Ämtern und Dienststellen. Zudem fordert die Schulführungskraft jene Schülerinnen und Schüler, die ihre Bildungspflicht nicht erfüllen, dazu auf, einen Termin beim Landesamt für Ausbildungs- und Berufsberatung zu vereinbaren und diesen wahrzunehmen. Sollten diese Orientierungsmaßnahmen aufgrund mangelnder Zusammenarbeit der oder des Jugendlichen nicht umgesetzt werden können, übermittelt die Schulführungskraft der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht eine Meldung über die Verletzung der Bildungspflicht.“*

<sup>4</sup> Artikel 12 Absatz 5 des Gesetzesdekrets Nr. 123/2023 bestimmt: *„In caso di violazione dell'obbligo di istruzione di cui al comma 1, il sindaco procede ai sensi dell'articolo 331 del codice di procedura penale se la persona responsabile dell'adempimento dell'obbligo, previamente ammonita, non provi di procurare altrimenti l'istruzione degli obbligati o non giustifichi con motivi di salute, o con altri impedimenti gravi, la mancata iscrizione del minore presso una scuola del sistema nazionale di istruzione o non ve lo presenti entro una settimana dall'ammonizione“.*

<sup>5</sup> Siehe hierzu Artikel 12 Absatz 5 des Gesetzesdekrets Nr. 123/2023: *„Parimenti il sindaco procede ai sensi dell'articolo 331 del codice di procedura penale in caso di elusione dell'obbligo di istruzione di cui al comma 4.“*



**Anmerkung:** Für die deutschsprachigen Schulen wird darauf hingewiesen, dass die obgenannte Meldung über die Verletzung der Bildungspflicht laut Artikel 11 Absatz 4 der Anlage A des Beschlusses der Landesregierung Nr. 1083/2021 ausschließlich an das Landesamt für Ausbildungs- und Berufsberatung erfolgt. Der Verweis auf die anderen zuständigen Ämter und Dienststellen bezieht sich lediglich auf die italienischsprachigen Schulen, da die Italienische Bildungsdirektion auch andere Anlaufstellen anbietet und nicht ausschließlich das Landesamt für Ausbildungs- und Berufsberatung. Bei Misslingen der Orientierungsmaßnahmen wird – wie in Artikel 11 Absatz 4 des Beschlusses der Landesregierung angeführt – die Meldung an die Staatsanwaltschaft bei Jugendgericht übermittelt (siehe Anlage 1).

**Anlagen**

Beschluss der Landesregierung Nr. 434 vom 4. Juni 2024

1 Vorlage Mitteilung Verletzung der Bildungspflicht

2 Übersicht Verletzung Schul- und Bildungspflicht

Der Bildungsdirektor  
Gustav Tschenett  
i.V. Der Abteilungsdirektor  
Stephan Tschigg

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)